

APPELL

Die Politik der geschlossenen Grenzen birgt die Gefahr des Faschismus -

Brief von der Peripherie an die Zivilgesellschaft der EU

Wir, die Verteidiger*innen der Menschenrechte und Bürger*innen der Länder, die an den Rand der EU und des Schengenraums verwiesen wurden, möchten unsere tiefe Besorgnis über die derzeitige Situation ausdrücken, in der wir das Aufkommen des Faschismus und den Niedergang der Grundrechte sehen, z.B. auf Personenfreizügigkeit und Asyl. Die Nachsicht und Akzeptanz gegenüber dem Aufstieg der extremen Rechten in europäischen Ländern verschlechtert die Lage der Menschen auf der Flucht und gefährdet ihr Leben. Die Grundwerte der EU sind Achtung der Menschenrechte und -würde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Dieser Anspruch war schon in den letzten Jahren fraglich, im Jahr 2018 hat er jegliche Berechtigung verloren.

Wir gehen davon aus, dass die Regierungen der Staaten, die an die EU grenzen, im Einklang mit Brüssel handeln. Viele von uns kommen aus dem vom Krieg zerrütteten Ex-Jugoslawien. Die Untätigkeit unserer Behörden, die Übergriffe und die Gewalt gegen Menschen auf der Flucht in unseren Ländern wollen wir keineswegs schönreden. Wir nutzen alle legalen und politischen Möglichkeiten, um dagegen anzugehen. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass es die EU und ihre Funktionsweise ist, die dieses Vorgehen erst rechtfertigt und ermöglicht.

- Wir nutzen den Beginn des neuen Jahres dazu, um an alle Bürger_innen der EU-Mitgliedsstaaten und an jene, die es werden möchten, zu appellieren, dass sie die Grundwerte der EU verteidigen und diese in ihren Ländern umsetzen.

- Wir rufen die EU-Bürger_innen auf, Zivilcourage zu zeigen, damit der Widerstand stärker wird als die Grenzen, welche die Regierungen schliessen.

- Wir rufen die EU-Bürger_innen auf, Widerstand gegen Gewalt an Menschen auf der Flucht zu leisten und gegen Behördenvertreter_innen, Individuen oder Gruppen aufzustehen, die universelle Grundrechte missachten.

- Heute wird Gewalt gegen Menschen angewendet, die von einem besseren Leben in der EU träumen, morgen werden die Bewohner_innen der Mitgliedsstaaten, ihre Freund_innen und Verwandten dieselben Erfahrungen machen aufgrund von anderen Eigenschaften, die als Grund für Diskriminierungen herhalten müssen.

Wir haben das unerfreuliche Privileg, Kriege sowie schwierige Nachkriegsjahre selbst erlebt zu haben. Aufgrund dieser Erfahrungen möchten wir warnen: Die Art, wie die EU-Bürokratie derzeit handelt, erinnert uns an das Vorgehen, das die Auflösung der Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien und die folgenden Kriege mitermöglichte. Dieses Vorgehen bereitete auch den Boden dazu, um Traumatisierte und Arme auszubeuten, Kriegsoffer zu entmenschlichen und Profiteuren zum Aufstieg zu verhelfen – auf ähnliche Weise, wie wir es heute beobachten. In den 1990er Jahren waren die Menschen auf dem Balkan häufig auf Kriminelle angewiesen, die ihnen die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse versprachen, während Regierungen und UN-Institutionen versagten – selbst für das Essen, die Unterbringung und das sichere Durchqueren besetzter Gebiete.

(...) Da es keinen legalen Weg mehr gibt, in die EU zu gelangen oder internationalen Schutz an ihren Grenzen zu bekommen, gedeiht das Geschäft von Schleppern, während jene, die ihre Grundrechte suchen, ignoriert, misshandelt und kriminalisiert werden.

(...) Wir möchten davor warnen, dass wir uns erneut vor der Zerstörung der Humanität befinden. Die Politik der Grenzschiessung, der Ermutigung zu Gewalt und Missachtung der Menschenrechte fördert die Gefahr des Faschismus.

- Deshalb rufen wir die Bürger*innen der EU dazu auf, Zivilcourage und Solidarität mit den Menschen, die unterwegs sind, zu zeigen. Fordert von euren Regierungen, die Menschenrechte einzuhalten. Der Druck muss von eurer Präsenz auf den Strassen, eurer Fürsprache, von Petitionen und Aktionen ausgehen, die ihr initiiert, um die EU zu ändern. Diese Änderung wird nicht mit Wohltätigkeit erreicht, sondern mit Solidarität (...).

- Wir rufen auch die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten auf, ihre derzeitige Politik zu überdenken: die der geschlossenen Grenzen und der Bezahlung von Nicht-EU-Staaten für verschärfte Grenzkontrollen, die demokratischen Prinzipien widersprechen. Indem erstere dies tun, ermöglichen sie die Herausbildung von autoritären Regimen an der Peripherie Europas und in weiterer Folge innerhalb der EU, mehr Macht für rechtsextreme Politik, die sie legitimieren. Diese Politik befürwortet Gewalt gegen Menschen an den EU-Aussengrenzen. Menschen werden geschlagen, gefoltert, sexuell belästigt, beschimpft und gedemütigt. Unabhängige Berichte und zahlreiche Zeugenaussagen dokumentieren, dass all das getan wird von repressiven Regierungen, Grenzwachern und Polizisten von EU-Mitgliedsstaaten. Falls jene, die derzeit in den Hauptstädten der EU die Entscheidungen treffen, ihre Politik nicht überdenken, werden sie in die Geschichte eingehen als Schuldige am Untergang der universellen Menschenrechte, der Grundwerte und der Menschenwürde.

Im Mai 2019 finden die Wahlen zum Europa-Parlament statt. Das bietet eine begrenzte Möglichkeit, um zu handeln und das sinkende Schiff auf einen anderen Kurs zu bringen. Niemand wird an unserer Stelle die Richtung ändern! Als Bürger_innen der EU-Länder und solcher, die es werden möchten, müssen wir unsere zivilgesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und eine Änderung fordern – von unseren eigenen Regierungen und den EU-Institutionen. Wo Regierungen versagen, muss die Zivilgesellschaft handeln. Den Europäer_innen ist die Zeit des Faschismus noch schmerzlich in Erinnerung. Sie kennen aber auch die integrierende Kraft der Solidarität. Wir wollen unsere Abgeordneten daran erinnern, dass Solidarität, Achtung der Menschenrechte, Freiheit und Demokratie jetzt am Wichtigsten sind. (...) Unser zivilgesellschaftlicher Druck kann vielfältig sein, er führt aber nur zum Erfolg, wenn er stetig, massiv und breit genug ist. Deshalb zählt jede Stimme und jede Aktion. Die europäischen Bürger*innen dürfen jetzt nicht schweigen, wie schon so oft in der Geschichte.

*Are You Syrious (AYS)**

Mostar, Bosnien-Herzegowina, 4. Januar 2019

* Den oben abgedruckten Brief schickte uns das Freiwilligen-Kollektiv „Are You Syrious“-Kroatien (AYS), der wichtigste Nachrichtendienst in Flüchtlingsfragen und dessen Koordinationsstelle auf dem Balkan. Zahlreiche Personen haben den Brief unterschrieben.

Mehr Informationen: <https://medium.com/are-you-syrious>